

Pressemitteilung

## **GRÜNE:**

### **Gut - weiterer finanzieller Schaden für Ronnenberg abgewendet - Wer bestellt, muss zahlen!**

**Grüne in Ronnenberg begrüßen das Nein des Bundesrates zur steuerfreien 1000 €-Prämie, bei der für die Kommunen keine Kompensation vorgesehen war.**

Die Bundesregierung hatte eine Entlastungsprämie für Arbeitnehmer beschlossen, die aber die Arbeitgeber selber bezahlen sollten, dann allerdings steuerfrei.

Eine weiteres Beispiel, bei dem das Konnexitätsprinzip nicht eingehalten wird, das beschreibt kurz formuliert - wer bestellt, der bezahlt -.

Eine Idee die durch den Iran-Krieg gestiegenen Energiepreise abzumildern war diese steuerfreie Prämie, die der Arbeitgeber als Betriebsausgabe geltend machen könnte. Aber die dadurch entstehenden Steuerausfälle von ca. 2,8 Milliarden Euro müssten zu fast zwei Dritteln von Ländern und Kommunen getragen werden.

Als Gegenfinanzierung ist u. a. die Erhöhung der Tabaksteuer vorgesehen gewesen, die aber allein dem Bund zu Gute käme.

Uwe Buntrock (Fraktionsvorsitzender der Grünen im Stadtrat): „Eine Entlastung für Bürger ist grundsätzlich zu begrüßen, aber jede Idee in dieser Richtung muss bis zu Ende gedacht werden. Wenn dadurch Mindereinnahmen bei der Steuer entstehen, bekommen auch die Kommunen entsprechend weniger zugewiesen.“

Diese Minderzuweisungen an die Kommunen müssen vom Verursacher (hier der Bund) ausgeglichen werden, da alle Kommunen mit dem Rücken an der Wand stehen.

Der baden-württembergische Ministerpräsident Kretschmann (Grüne) hatte das Problem im Bundesrat auf den Punkt gebracht: „...die Schere zwischen Aufgabenerfüllung und Finanzausstattung in den Ländern und Kommunen öffne sich dadurch immer weiter.“

Auch in Ronnenberg zeigte sich in den letzten Haushaltsdiskussionen, dass die Defizite wachsen, die Sozialausgaben immer weiter steigen und damit Investitionen unter Druck geraten.

Die finanzielle Schieflage ist schon seit einigen Jahren für die allermeisten Kommunen bundesweit zum strukturellen Dauerzustand geworden.

Auch die Kommunen im Calenberger Land können selbst Pflichtaufgaben kaum noch finanzieren.

Der kommunale Anteil am Gesamtsteueraufkommen liegt bei nur etwa 15,5%, während die Kommunen aber ca. 25% aller staatlichen Aufgaben übernehmen.

Die Bundesregierung beschreibt sich in einem Internetauftritt selbst so, dass sie für eine faire Aufgaben- und Finanzverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen steht. Und weiter: Finanziell ausreichend ausgestattete Kommunen und ein gut funktionierendes Gemeinwesen stärken unsere Demokratie.

Das müssen wir lauter einfordern. So darf es jetzt nicht mehr weiter gehen.

Der Ronnenberger Stadtrat wird in seiner nächsten Sitzung in der kommenden Woche parteiübergreifend eine Resolution der kommunalen Spitzenverbände für eine gerechte Verteilung der Finanzierungen durch Bund und Land beschließen.

Um dies zu bekräftigen werden wir am 27. Mai 2026 ab 12:00 Uhr an einem Kommunalen Aktionstag zur Finanzkrise vor dem Landtag in Hannover teilnehmen.